

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

32. Sitzung
25. Januar 2024

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Franziska Brychcy (LINKE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Wie und bis wann plant die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die anteilig zugewiesene PMA im EP 10 – nach Berechnung der Linksfraktion sind das insgesamt etwa 330 Mio € - aufzulösen?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) lässt wissen, dass SenBJF sich momentan noch fachlich intern und mit anderen Senatsverwaltungen abstimme und Rücksprachen zum Umgang mit der Auflösung der PMA halte. Insbesondere SenBJF habe einen großen Teil ihrer Mittel immer gesetzlich gebunden. Es sei eine zentrale und eine dezentrale PMA über die SenBJF zu erbringen. In Summe seien dies 330 Mio. Euro.

Franziska Brychcy (LINKE) fragt, wie SenBJF das Rundschreiben von SenFin interpretiere, das Kürzungen beim Personal und bei Titeln, die das Parlament in den Haushaltsberatungen verändert habe, verhindere. So blieben nur wenige Titel, bei denen sie Kürzungen vornehmen könnten. Wie wolle die Senatorin nachsteuern und auf das Problem aufmerksam machen?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) verweist auf zwei Limitierungen. Zum einen gebe es das Schreiben, das es untersage, verausgabte Personalmittel heranzuziehen, um die PMA aufzulösen. Nachvollziehbarerweise seien auch die vom Parlament veränderten Titel zur Erbringung der PMA ausgenommen.

Gleichzeitig habe SenBJF einen hohen Anteil gesetzlich gebunden. Senatorin Spranger habe verdeutlicht, dass es einige personalintensive Verwaltungen wie SenInnSport und SenBJF gebe. Dies verringere den Spielraum. Sie hätten Rücksprachen dazu nun begonnen und würden die Argumente in den Debatten mit SenFin und den übrigen Kollegen austauschen.

Louis Krüger (GRÜNE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Für welche Träger, die Zuwendungen aus dem EP 10 erhalten, und für welche Projekte aus welchem Titel gibt es vor dem Hintergrund der hohen PMA im Einzelplan bereits Verträge für das Jahr 2024, um die Kürzung ihrer Zuwendungen zu verhindern?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) versichert, sie hätten bei gesetzlich verpflichtenden und bestehenden Strukturen vorläufige und zeitlich befristete Zuwendungen rausgeschickt. Neues oder Erhöhungen seien aber noch nicht berücksichtigt, denn sie müssten einen Spielraum lassen, um die PMA zu erbringen. Sie habe zu erledigten Zuwendungen keine Auflistung mitgebracht, könne dies, wenn gewünscht, aber nachreichen. Gerade im Bereich Jugend und Familie wolle SenBJF Stabilität sicherstellen. Kürzlich erst hätten sie zudem 100 Mio. Euro zusätzlich gemeinsam über den Jugendgewaltgipfel eingestellt. Sie könne, wenn gewünscht, eine Auflistung der bisher zeitlich befristeten Zuwendungen liefern.

Louis Krüger (GRÜNE) bittet um eine Auflistung der erledigten Zuwendungen. Von den zeitlichen Befristungen habe er ebenfalls gehört. Müssten die Träger sich auf schrittweise Verlängerungen einstellen bis klar sei, wo der Senat das Geld spare?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erwidert, Zwei-Monats-Zuwendungen auf Landesebene seien ihr nicht bekannt. Möglicherweise sei dies ein bezirkliches Vorgehen, zu dem sie um Hinweise bitte. Im Jugend- und Familienbereich versende das Land momentan Vier-Monats-Zuwendungen.

Es sei nachvollziehbar, dass Träger, die nur für zwei Monate Verträge und Finanzierungen rausgeben könnten, nicht attraktiv seien, sodass diese Projekte ins Wanken gerieten könnten. Es sei nicht das Ziel, immer wieder kurzfristige Zuwendungsbescheide zu verschicken, aber sie müssten jetzt über die Senatsverwaltungen hinweg gemeinsam die PMA erbringen. Im Anschluss wollten sie dauerhafte Zuwendungen vollumfänglich ausreichen.

Dr. Maja Lasić (SPD) ist der Ansicht, die Fragen seien auch auf Grüne und Linke im Bezirk Mitte und dessen Umgang mit den Kürzungen und der längerfristigen Stabilisierung der Träger anwendbar.

Vorsitzende Sandra Khalatbari bittet die Abgeordnete darum, eine Frage zu stellen.

Dr. Maja Lasić (SPD) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Wie bewertet der Senat den aktuellen Beschluss des Oberverwaltungsgerichts, der bezüglich der gesetzlichen Regelungen zu Aufnahmeverfahren an übernachgefragten Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt Nachbesserungsbedarf beschreibt?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) legt dar, sie hätten bereits eine Änderung der SopädVO vorgenommen, die unabhängig vom Urteil eine Regelung vorsehe. Unabhängig davon prüften sie, ob eine Änderung des SchulG angebracht sei.

Thorsten Weiß (AfD) weist darauf hin, dass aus den am Dienstag veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts hervorgehe, dass die Anzahl der Schüler, welche eine Klassenstufe wiederholen müssten, in Berlin mit 1 Prozent am geringsten sei und in Bayern mit 4,1 Prozent am höchsten sei. Sehe der Senat einen Zusammenhang zwischen der geringsten Quote an Klassenwiederholern und schlechten Bildungsergebnissen in Berlin?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) merkt an, die Studie stelle keinen direkten Zusammenhang zwischen einer Verweilerquote und Bildungsqualität oder Abschlüssen her. Dennoch würden sie sich diese Studie genau anschauen und Rückschlüsse daraus ziehen.

Sandra Khalatbari (CDU) fragt, an wie vielen Schulen es zum Jahresende 2023 bzw. zum Jahresbeginn 2024 zu „Kältefrei“ bzw. zu Heizproblemen gekommen sei.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) fasst zusammen, dass Ende Dezember 2023/Anfang Januar 2024 21 Schulen von ausgefallenen Heizungen betroffen gewesen seien. Die Schulleitungen betroffener Schulen hätten schnellstmöglich gemeinsam mit dem Schulkollegium, dem Bezirk und mit Unterstützung von SenBJF nach Lösungen gesucht. Sie hätten den Havariedienst und den Reparaturservice beauftragt und nach alternativen Räumlichkeiten sowie schulstrukturellen Lösungen gesucht, um den Ausfall so gering wie möglich zu halten.

An einer Schule habe es den höchsten Ausfall von zwei Tagen gegeben, an einer anderen Schule für einen Tag. An einer weiterführenden Schule habe es Distanzunterricht gegeben. Ziel sei, auch in Abstimmung mit den Bezirken, für die kommende Kälteperiode Vorsorge zu treffen, um solch eine Situation im kommenden Winter zu vermeiden.

Vorsitzende Sandra Khalatbari stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 1 a abgeschlossen sei.

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) berichte, aus dem Beschluss des Senats vom 16. Januar 2024 über Senator Chialo gehe hervor, dass die Vorlage – und damit der Abschluss des Gebäudescans – eingebracht worden sei. Ziel sei gewesen, eine Prioritätenliste für zu sanierende Gebäude im Bereich der Erwachsenenbildung zu erstellen. SenBJF sei damit insbesondere bzgl. Volkshochschulen betroffen und habe Teile des Gebäudescans mitfinanziert. Auf dieser Grundlage werde SenBJF 2024 und 2025 Liegenschaften durch einen externen Dienstleister untersuchen lassen und in Rücksprache mit den Bezirken die ggf. notwendigen Sanierungsmaßnahmen in die Wege leiten.

Staatssekretär Liecke habe einen neuen wellcome-Standort in Charlottenburg-Wilmersdorf eröffnet. Die Standorte sollten junge Familien mit Säuglingen und Kleinkindern insbesondere in der Anfangszeit zu unterstützen und dienen zur Vernetzung, Beratung und Unterstützung. In Berlin gebe es damit 17 Standorte.

Am 23. Januar habe sich der Senat in Friedrichshain-Kreuzberg getroffen. Es seien Demonstranten der Trägerlandschaft aus Mitte gekommen, und der Senat habe bekräftigt, dass es sein Ziel sei, die Angebote der Jugend- und Familienförderung aufrechtzuerhalten und genau zu betrachten, wo Kürzungen erfolgten. Sie wollten die Kürzungen in Kooperation mit den Bezirken vornehmen, nicht maßlos und übereilt wie es zwei der Bezirke täten.

Franziska Brychey (LINKE) betont, im Bezirk Mitte bedeute die Sanierung der Anna-Lindh-Schule eine große Belastung, und zur 41. Plenarsitzung am 18. Januar seien Jugendträger und -einrichtungen und Kinder vor Ort gewesen. Könne der Senat klären, wo der Bezirk die PMA auflösen müsse, welche Maßgaben es dafür gebe und ob es eine Lösung gebe, um die Sanierungs- oder Anmietungskosten einzupreisen, sodass es nicht zu Kürzungen komme?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bekräftigt, die Entscheidung des vorherigen Senats und der Bezirksverwaltung zur damaligen Zeit sei mit Blick auf das Gebäude richtig gewesen. Es sei überraschend, dass die Entscheidung genau jetzt dazu beitrage, einen Sperrvermerk auf den Jugendhaushalt zu legen. SenBJF unterstütze den Bezirk darin, das Air-Berlin-Gebäude zu Mitte 2023 anzumieten. Zudem würden sie zu Mitte 2023 Teile des Gebäudes nutzen, um junge geflüchtete Menschen zentral zu beschulen.

Sie hätten mit Bezirksbürgermeisterin Remlinger besprochen, dass SenBJF teilweise die Anmietungskosten übernehme. Sie erwarte, dass der Bezirk Entscheidungen treffe, die bei Trägern für mehr Sicherheit Sorge.

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) bittet die Senatorin darum, in Erfahrung zu bringen, ob es rechtmäßig sei, dass ein Bezirksamt in den Beschluss des Jugendhilfeausschusses eingreife.

Vorsitzende Sandra Khalatbari stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 1 b abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Vorsitzende Sandra Khalatbari teilt mit, dass die AfD-Fraktion für die Wahl des stellvertretenden Schriftführers vorschlagsberechtigt sei und den Abgeordneten Weiß für diese Position vorschlage. Der Abgeordnete Weiß sei mit der Kandidatur einverstanden. Die AfD-Fraktion habe bereits angekündigt, die geheime Wahl zu beantragen.

Tommy Tabor (AfD) bestätigt, dass seine Fraktion die geheime Wahl beantrage.

Vorsitzende Sandra Khalatbari erläutert das Verfahren der geheimen Wahl in einem Ausschuss. Nach Namensaufruf erfolge die jeweilige geheime Stimmabgabe. – [Namensaufruf und Abgabe der Stimmen] – Sie stelle fest, dass alle die Gelegenheit zur Abgabe ihrer Stimme gehabt hätten und schließe den Wahlgang. Nun erfolge die Auszählung der Stimmen. – [Auszählung der Stimmen] – Das Wahlergebnis laute: 22 abgegebene Stimmen, davon null ungültige Stimmen, mit Ja hätten zwei Ausschussmitglieder gestimmt, mit Nein 20. Es habe keine Enthaltungen gegeben. Sie stelle fest, dass der Abgeordnete Weiß nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0154](#)
Fehlende Schulplätze in Berlin: Wie geht es weiter im Schuljahr 2023/2024?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0155](#)
Aktueller Lehrkräftebedarf und akute Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0171](#)
Schuljahr 2023/2024 – sichere Schulplatzversorgung für Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0175](#)
Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – Jährlicher Bericht – (Rote Nummer 0996)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0176](#)
Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 B)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam

- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an
Absolventinnen und Absolventen in
Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 C)**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0215](#)
BildJugFam

Louis Krüger (GRÜNE) begründet für TOP 3 a, dass der Schulplatzmangel in Berlin zu schwierigen Verhältnissen beim Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen führe. Es gebe zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne Schulplatz, und die Klassen seien voll. Es gebe eine Schulbauoffensive, um den zu entgegnen. Diese und den Stand der Schulplatzverfügbarkeit wollten sie sich anschauen.

Dr. Maja Lasić (SPD) begründet für TOP 3 c und f, dass sie zwei Teile besprechen müssten: zum einen die Schulplatzversorgung und zum anderen die Lehrkräfteversorgung und deren qualitative Weiterentwicklung. – Bei der qualitativen Ausgestaltung der Lehrkräfteversorgung gebe es eine Rote Nummer; es sei bedauerlich, dass SenWGP nicht anwesend sei, da der Ausschuss Teile der Debatte auch mit ihr führen müsse. Der Ausschuss möge einen Schwerpunkt auf die qualitative Weiterentwicklung bei der Lehrkräfteausbildung legen, weil sie Impulse für eine moderne Pädagogik setzen müssten, da zwischen Wissenschaft und Bildung unterschiedliche Herangehensweisen an Lehrkräfteausbildung beständen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bestätigt, die beiden Debatten hingen nahtlos zusammen. Aktuell liege das Schulplatzdefizit bei ca. 27 000 Schulplätzen, davon ca. 11 800 Plätze im Primarbereich, ca. 9 750 an den ISS und Gemeinschaftsschulen und ca. 5 300 Plätze an Gymnasien. Die ausgedünnte schulische Infrastruktur sei auf Schulschließungen und Abriss von Schulgebäuden aus den Neunziger- und frühen Nullerjahren zurückzuführen. Es sei möglich, bis Ende 2025 ca. 21 000 Schulplätze neu zu schaffen.

Mit Stand vom 21. November 2023 gingen 11 657 Kinder und Jugendliche in insgesamt 924 Willkommensklassen. Von diesen Kindern stammten 3 982 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, und 4 118 Kinder besuchte Berlin bereits integrativ im Regelsystem; diese Plätze hätten sie im Regelsystem also bereits zur Verfügung gestellt. 910 Kinder warteten berlinweit aktuell noch auf einen Schulplatz. Die Kinder, die sich momentan in Tegel befänden, seien in den Zahlen noch nicht enthalten. Die Dynamik des Zuzugs vergrößere das Gap in der Schulplatzversorgung und den Fachkräftebedarf.

Zum 1. November führe Berlin immer die Abfrage in Schulen durch, wie sich die Personaldecke darstelle. Im Durchschnitt gebe es berlinweit eine Unterrichtsversorgung von 97,2 Prozent, und es fehlten bei Lehrkräften 749 VZE. Im Mittel fehle jeder Schule ca. 29 Stunden, aber es verteile sich nicht gleichmäßig auf Schulen.

In den letzten acht Monaten und auch davor habe der Senat schon viele Maßnahmen ergriffen, die der Fachkräftebindung und -sicherung dienten. Berlin sei das einzige Bundesland, das nach wie vor im Angestelltenverhältnis mit Erfahrungsstufe 5 einstelle. Berlin habe auch als eines der ersten Bundesländer Grundschullehrkräfte auf E 13 – perspektivisch A 13 – angehoben. Es gebe eine Einstellungsgarantie, und sie hätten seit Februar 2023 dafür gesorgt, Pensionäre bei Aufhebung der Zuverdienstgrenze auch wieder voll einzustellen. Diese Kollegin-

nen und Kollegen seien zum Teil als Mentoren und im Bereich der zugezogenen geflüchteten Kinder und Jugendliche eine große Unterstützung.

Zum aktuellen Schuljahr hätten sie es ermöglicht, Verwaltungsleitungsstellen in Grundschulen von 10 VZE auf 100 VZE anzuheben. Es gebe nach wie vor Grundschulen, die eine halbe Verwaltungsleiterstelle hätten, was unattraktiv sei. Mit weiteren 100 Stellen, gerade an schwierigen Standorten mit viel Verwaltungs- und Behördenkontakt sei dies eine spürbare Entlastung.

Zum aktuellen Schuljahr hätten sie es auch ermöglicht, unbesetzte Lehrerstellen reversibel in weitere Professionen wie Logopäden, Ergotherapeuten, Musiktherapeuten, Lerntherapeuten und pädagogische Assistenzen umzuwandeln. Letztere entlasteten administrativ den Schulalltag und Pädagogen, die diese Aufgabe momentan übernehmen. Sie könnten in Jahrgänge gegeben werden, der Verwaltungsleitung zur Seite stehen oder eine halbe Stelle an Grundschulen unterstützen.

Berlin habe auch für umfassende Qualifizierungsmaßnahmen für den Quereinstieg gesorgt, um Qualität und Stabilität im System zu erreichen. In den letzten acht Monaten habe SenBJF die ehemaligen LuK der DDR nach Qualifizierung in der Besoldung angepasst. Sie hätten zudem den Q-Master an den Universitäten eingerichtet und die Studienkapazitäten an den Berliner Universitäten ausgeweitet.

Auch die Rückkehr zur Verbeamtung habe Berlin eingerichtet. In den letzten Monaten hätten sie letzte rechtliche Details geklärt, Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, die Personalstelle aufgerüstet und bürokratische Strukturen implementiert, die die Verbeamtung überhaupt erst möglich machten. Dies Sorge für einen geringeren Wegzug und Wechsel von Referendarinnen und Referendaren. Über die Drehtürverbeamtung gebe es zudem eine deutliche Rückkehr von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern. Es gebe neben dem Fachkräftemangel aber auch eine demografische Krise, die für einen Fachkräftemangel in allen Branchen Sorge, und sie versuchten den Standort Berlin insgesamt attraktiv zu machen.

Franziska Brychcy (LINKE) verweist darauf, dass in Tempelhof-Schöneberg laut Schulplatzmonitoring bis 2040 weiterhin ein Defizit von 1 700 Plätzen bestehen werde. Im ISS- und Gemeinschaftsschulbereich in Mitte, Pankow und Neukölln solle 2040 ein Schulplatzdefizit von 1 000 bis 1 500 Plätzen bestehen, im Gymnasialbereich, insbesondere in Pankow, von 2 000 Plätzen. Wenn alles in der BSO Vorgesehene gebaut werde beständen die Defizite 2040 weiterhin. Bestehe die Gefahr, dass Investitionsmittel unter der PMA leiden würden?

Seien bei den 749 VZE der Lehrkräfte diejenigen herausgerechnet, die umgewandelt seien? Gebe es nach Herausrechnung der Umwandlungen möglicherweise mehr fehlende Lehrkräfte?

Wie wolle SenBJF die Lücke von 365 Stellen bei Erzieherinnen und Erzieher füllen?

Was sei der aktuelle Stand der Multikohortenstudie? Sei SenBJF eingebunden gewesen?

Wie sehe der Zeitplan des Konzepts für ein duales Studium aus? Sei ein Stipendienprogramm für das Praxissemester vorgesehen, um zu ermöglichen, dass sich Studierende auf das Praxissemester fokussieren könnten?

Was sei geplant, um Ein-Fach-Lehrkräfte weiterzuqualifizieren, damit sie in E 13 oder A 13 kommen können? Es müsse auch darum gehen, LuKs, PUs, Lehrkräfte für Fachpraxis und Meister und Meisterinnen in OSZ in Laufbahnen zu bekommen.

Wie könnten Unterstützungsstrukturen des Angebots „Unterrichten statt ...“ aussehen, damit Studierende nicht langsamer studierten, sondern gute Praxiserfahrung mitnehmen würden?

Die Personalstelle bei SenBJF sei bei Einstellung, Verbeamtung, Kompensation und Umsetzung des Tarifabschlusses zentral. Rot-Grün-Rot habe extra feste Stellen eingerichtet, aber es werde sehr viel mit Leiharbeit gearbeitet, weil es nicht anders funktioniere. Könne SenBJF mit SenFin reden, um BePos einzurichten? Wenn das nicht gelinge, verliere Berlin Lehrkräfte, weil Verträge nicht ankämen.

Dr. Maja Lasić (SPD) betont, die Ausgaben im konsumtiven und investiven Bereich seien immer noch 10 Mrd. Euro größer als die Einnahmen. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben habe Rot-Grün-Rot in der Krise generiert. Grüne und Linke trügen die Verantwortung für das aktuelle Problem mit.

Die Debatte um die qualitative Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung bzgl. Ein-Fach-Lehrkräften sei in der KMK fortgeschritten. Es müsse Ein-Fach-Lehrkräften möglich sein, eine Beschäftigung in einer E 13 anzustreben.

Bei der letzten Angleichung in die E 13 – bei Grundschullehrkräften – habe es länger Probleme gegeben, und es dürfe nicht wieder neue Wege geben, bei denen es Jahre später immer noch Probleme gebe, Fachkräfte in die Laufbahn zu bekommen. Die Beschäftigung müsse am Ende so sein, dass die Beschäftigten eine vergleichbare Arbeit ausführten. Die Ausbildung müsse so konzipiert werden, dass E 13 absehbar sei. Sie müssten von Anfang an Grundsatzfragen beantworten, z. B. ob die Beschäftigung mit einem Bachelor stattfinde oder von vorneherein von einer Masterausbildung die Rede sei.

Entscheidend sei auch die Debatte zum Bachelor of Education. Die SPD-Fraktion sehe in der Abschaffung der Polyvalenz die Möglichkeit der qualitativen Schärfung der Lehrkräfteausbildung, sodass die zukünftigen Beschäftigten von vorneherein für die Profession ausgebildet würden. Der Wissenschaftsbereich sehe das manchmal anders; wie liefen die Verhandlungen zwischen den beiden Verhandlungen?

Die Zahlen zu den Defiziten beim Schulbau beschrieben die Notlage eindrücklich. Wie bewerte die Senatorin die aktuelle Bevölkerungsprognose, die im Grundschulbereich auch Delten vorhersage?

Louis Krüger (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Berlinovo tatsächlich eine Schule baue.

Setze sich die Senatorin für einen Umbau des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee zu einem Schulstandort ein? Die Planungen seien relativ weit, aber es gebe Streit ums Geld.

Könnten Bezirke das Fliegende Klassenzimmer 2.0 abrufen? Sein letzter Stand sei, dass ab 2024 die Abstimmungen zu einem Rahmenvertrag stattfinden sollten.

Gebe es Fortschritte, die Prognosen von Schülerinnen und Schülern zu vereinheitlichen?

Bezahle Berlin nach wie vor nach Stufe 5 zahle? Sein Stand sei, dass es im Rahmen der Vereinbarung mit der Tarifgemeinschaft der Länder ausgelaufen sei.

Es sei erfreulich, dass die Tandemschulleitungen kommen sollten, und er sei gespannt darauf.

Wie gruppiere Berlin LuKs nun ein?

Wie sei die Reihenfolge der Verbeamtung im Anschluss an diejenigen, die drohen, über die Altersgrenze zu fallen?

Woran liege es, dass 3 000 Menschen weder einen Antrag auf Verbeamtung gestellt noch sich für den Nachteilsausgleich entschieden hätten? Werde SenBJF sie gezielt kontaktieren?

Bei den Studierenden, die in Schulen arbeiteten, gebe es immer wieder Fälle, in denen Bachelorstudierende schon Klassenleitungen übernehmen müssten. Wie wolle der Senat sicherstellen, dass es nicht dazu kommt?

Taylan Kurt (GRÜNE) erkundigt sich, ob es bauliche Erweiterungen brauche. Komme das häufig vor?

Die Koalition möge im Übrigen die Verantwortung für ihren eigenen Haushalt übernehmen, statt auf die Opposition zu zeigen.

Lars Bocian (CDU) hebt hervor, dass Schulplatzproblem und Lehrermangel nicht neu seien, aber die Pläne von SenBJF klingen hoffnungsvoll. In der Schulbauoffensive gebe es noch Anstrengungen, die zu leisten seien, und er teile die Sorge der Abgeordneten Brychcy, dass PMA oder Pläne des Hauptausschusses den Schulbau betreffen könnten.

Franziska Brychcy (LINKE) begrüßt, dass die von ihrer Partei eingeführte Schulbauoffensive fortgeführt werde. Sie seien sich in dem Ziel einig, Schulplätze schaffen zu wollen.

Die Lehrkräfteversorgung liege bei 97 Prozent, aber manche Bezirke seien stärker betroffen als andere. Plane der Senat, die Steuerung wiederaufzunehmen, sodass Berlin Laufbahnabsolventinnen in den Regionen mit dem größten Bedarf einstellen könne? Welche anderen Instrumente gebe es, um Bezirke mit geringerer Versorgung zu unterstützen?

Rot-Grün-Rot habe Verbeamtung und Kompensation eingeführt. Zahle Berlin zukünftig eingestellten Lehrkräfte keine Kompensation mehr? Gebe es dann nur noch die Verbeamtung?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bekräftigt, es gebe Haushaltsmittel für den Schulbau, die sie abrufen würden und die nicht der PMA zum Opfer fallen würden. Es gebe das Gap von 27 000 Schulplätzen sowie eine extreme Dynamik im Zuzug mit geflüchteten schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen. Es wäre fahrlässig, Mittel rauszunehmen.

Berlinovo baue keine Schule.

Zum Kinderkrankenhaus Weißensee habe sie bereits mit einzelnen Akteuren vor Ort gesprochen, und es sei ein attraktives Modell, zumal im Bezirk ein großes Defizit bestehe. In den aktuellen Planungen sei es nicht als reguläre Schulbaumaßnahme enthalten, aber es sei denkbar, dass es zukünftig ein Standort werde, an dem sie ausreichend Schulplätze schaffen könnten. Sie führten erste Gespräche zu den Modellen der Nutzung. Probleme seien, dass Denkmalschutz bestehe, es ein großes Gelände sei, und die Eigentumsverhältnisse schwierig seien.

Die Bewertung der aktuellen Bevölkerungsprognose falle unterschiedlich aus, sie habe Dellen in unterschiedlichen Alterskohorten, und man gewinne den Eindruck, dass man jedes Jahr umplanen müsse. In der Schulbauoffensive sei vorgesehen, einen Schulbau ohne konkrete Schulform zu typisieren. In allen Schulform werde es nach wie vor, auch 2040, einen Mangel geben, sodass jeder gebaute Schulplatz sinnvoll sei. Staatssekretär Dr. Kühne stehe in Monitoringgesprächen mit den Bezirken für die Anerkennung der Bedarfe ein.

Tandemschulleitungen seien freigezeichnet, und sie hätten die Ausschreibung arrangiert. Die Tandems müssten sich zuvor finden und zusammen entscheiden, sich auf die Position zu bewerben. Die Ausschreibung besage, dass es gewünscht sei und unterstützt werde.

Beim Optionsmodell gebe es den Nachteilsausgleich für diejenigen, die ihre Ausbildung vor der Gesetzgebung begonnen hätten. Alle, die neu ins System kämen, könnten zwischen Tarifbeschäftigung und Verbeamtung wählen, erhielten aber keinen Nachteilsausgleich.

Auf der Internetseite von SenBJF gebe es den Aufruf für die Willenserklärung. Sie planten nicht, ein Schreiben an die Kolleginnen und Kollegen zu schicken, die noch nicht reagiert hätten. Das Schreiben von Herbst sei auch dazu gedacht gewesen, um eine Planungsgröße für SenFin zu haben, um in die Verhandlungen für die Haushaltsplanung gehen zu können. Sie würden nach wie vor online, und die Personalvertretungen wüssten davon.

Der Runde Tisch von SenBJF, SenWGP und Hochschulrektoren habe das Thema Lehrkräfteausbildung besprochen. Der polyvalenten Bachelor habe in der Vergangenheit zu Verlusten innerhalb der Studentinnen und Studenten geführt. Es gebe weiterhin das Bestreben, den Bachelor of Education zu machen, aber es gebe auch Bemühungen, die stärker im Vordergrund ständen. Bei den Ein-Fach-Lehrkräften hätten sich alle Beteiligte klar dazu bekannt, es schnellstmöglich umzusetzen. Das Gutachten in der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK habe die Ein-Fach-Lehrkräfte konkret benannt, und die Universitäten bräuchten dafür keine zusätzlichen strukturellen und personellen Ressourcen, denn es könne im bereits stattfindenden Quereinstieg mitlaufen. Dafür seien Kapazitäten vorhanden.

Wenn ein Ein-Fach-Lehrer vollumfänglich unterrichte, müsse die Besoldung vollumfänglich sein. In anderen Ländern sei dies gang und gäbe. Sie wollten aber offenhalten, dass sich Lehrer weiterqualifizieren und ein zweites Fach zusätzlich studieren könnten.

Es sei mit Blick auf die PMA in Milliardenhöhe nicht geplant, ein Stipendium für das Praxissemester in Aussicht zu stellen. Sie hätten aber besprochen, das Praxissemester zu flexibilisieren. Es gebe Debatten, dass das Praxissemester bzgl. Zeitaufwand und Vor- und Nachbereitung als große Hürde wahrgenommen werde. Arbeiten sei nebenher oft nicht möglich, sodass

Studien sich verzögerten oder nicht zum Abschluss kämen. Es gebe Überlegungen, das Praxissemester zu strecken.

Zum dualen Studium gebe es unterschiedliche Definitionen. Sie selbst begrüße, dass das Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission es erwähne. Unter den Wissenschaftlern werde es ambivalent diskutiert. Es gebe unterschiedliche Auslegungen, wie früh im Studium ein duales Studium beginnen solle. In vielen Schulen befänden sich aber schon sehr junge Studenten, die de facto ein duales Studium absolvierten, auch wenn es nicht so genannt werde. Sie müssten gemeinsam mit den Universitäten und SenWGP Standards und eine Lösung finden, und es sei Gegenstand der Gespräche. Die Universitäten verschlossen sich nicht, aber es gebe unterschiedliche Standpunkte, und sie würden versuchen, einen Konsens zu finden.

Die Multikohortenstudie sei im Auftrag von SenWGP, sodass sie nicht viel dazu sagen könne.

SenBJF arbeite intern noch mit Arbeitnehmerüberlastung und habe Probleme, die Stellen in ZS zu besetzen. Daran würde sich nichts ändern, wenn sie daraus BePos machten. Das Problem sei, dass die Fluktuation hoch sei. Dies habe weniger mit der Bezahlung zu tun und mehr mit dem Gesamtkonstrukt mit Blick auf die Tätigkeiten. Wichtig sei, dass sie diese Plätze nun hätten, und jetzt müssten sie Stabilität schaffen.

Mit der Steuerung des pädagogischen Personals im Bereich des Praxissemesters und der Referendare müssten sie eher anfangen. Neben der Steuerung müssten sie Anreize an den vermeintlich schwierigen Standorten mit einer vermeintlich herausfordernderen Schülerschaft schaffen. Gemeinsam mit den Abteilungen I und II prüften sie Maßnahmen, die sie zum kommenden Schuljahr und mittelfristig umsetzen könnten. Sie werde in den folgenden Ausschusssitzungen darüber berichten, wenn die Prüfung weiter vorangeschritten sei.

Quereinsteiger, Seiteneinsteiger und sonstige Lehrkräfte seien in den 749 Lehrern ohne Umwandlung inbegriffen. Im Mai hätten sie knapp 1 500 prognostiziert, und es sei etwa die Hälfte geworden. Das Halbieren des Lehrkräftefehls sei nicht durch ausschließlich grundständig qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen, sondern durch Qualifizierungsstufen zustande gekommen. Es habe nichts mit Umwandlung zu tun.

Louis Krüger (GRÜNE) bittet darum, den 3 000, die sich nicht gemeldet hätten, einen Brief zu schreiben, da bekannt sei, wer dies sei.

Warum zahle das Land den Nachteilsausgleich an die, die sich letztes Jahr gemeldet hätten, rückwirkend zu Februar und für die, die sich erst dieses Jahr meldeten, erst ab dem kommenden Monat? Sei gegen die Ungleichbehandlung klagbar?

Es sei erfreulich, dass der Senat Ein-Fach-Lehrkräfte auf E 13 einstufen wolle. Schließe dies Lehrkräfte im mehrsprachigen Unterricht ein, die nur ein Fach unterrichteten?

Josefine Reichert (SenBJF) informiert, die 21 000 Plätze, die Berlin bis zum Schuljahr 2025/2026 durch Schulbau entwickeln werde, gliederten sich nach Schulart auf. Es gebe verschiedene Maßnahmen durch die Bezirke, durch die HOWOGE und durch SenStadt, bei letzterem durch diverse Modulbauten: Grundschulen in Holzmodulbauweise oder modulare Er-

gänzungsbauten, die seit 2013 beständen. – Bis zum Ende des Schuljahr 2025/2026 führten die unterschiedlichen Akteure insgesamt 52 Maßnahmen durch.

Im jährlichen Maßnahmen- und Finanzcontrollingbericht stelle SenBJF alle Schulbaumaßnahmen der Schulbauoffensive einschließlich Sanierungsmaßnahmen dar. In dem Bericht sei aufgegliedert, wer mit welchen Geldern arbeite, wie die Planungsstände der Maßnahmen seien und um welche Maßnahmen es sich handele.

Die größten Herausforderungen lägen im Bereich von mittel- bis langfristigen Schulbaumaßnahmen, die auf Grundlage der jährlichen Monitoringgespräche identifiziert seien. Bei diesen seien Standorte bekannt, aber es beständen Herausforderungen der Entwicklung: Planungsrecht, Denkmalschutz, konkurrierende Planungen unterschiedlicher sozialer Infrastrukturen, Flächenknappheit.

Initiator des Fliegenden Klassenzimmers sei der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Es gebe kein konkretes Datum zur Umsetzung in anderen Bezirken, aber es gebe Gespräche zwischen den beteiligten Verwaltungen – SenStadt, SenFin, Bezirke –, weil es Ziel sei, das Angebot auch anderen Bezirken an die Hand zu geben. Ein einzelner Entwurf könne in dem Modell zu schnellen Ergänzungsbauten führen.

Anja Herpell (SenBJF) teilt mit, SenWGP habe das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie beauftragt, die Multikohortenstudie durchzuführen. SenWGP habe auch SenBJF einbezogen, um auf Fragestellungen einzuwirken. Die erste Befragungsrunde beziehe sich auf die erste und zweite Phase der Lehrkräftebildung. Die Folgestudie werde voraussichtlich auch die dritte Phase betrachten.

Zum Praxissemester arbeiteten sie an einer Idee, die Frau Dr. Terzer im Ausschuss WissForsch vorgestellt habe: ein Flexmaster, in dem das Praxissemester nicht mehr im dritten Semester des Masterstudiengangs liege, sondern ausgedehnt werden könne, sich über vier Semester erstrecke und dennoch als Praxissemester anerkannt werde. – Dies wollten sie mit der Idee des dualen Studiums verbinden, um Studierende in eigenen Unterricht zu holen und dafür zu entlohnen. Sie prüften derzeit noch vertragsrechtliche Grundlagen. SenBJF und SenWGP hätten es aus unterschiedlichen Arbeitsgruppen heraus erarbeitet, und die Idee scheine umsetzbar zu sein.

Lehrkräfte in muttersprachlichem Unterricht, die mit Lehramtsstudium aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen seien, hätten sie in der Vergangenheit nicht entsprechend qualifizieren können. Wenn der Ein-Fach-Master umsetzbar sei, sei diese Gruppe der Lehrkräfte auch zu prüfen. Es betreffe möglicherweise eine größere Anzahl an Lehrkräften.

Taylan Kurt (GRÜNE) will wissen, ob SenBJF bei Konflikten mit Bezirken Durchsetzungsmöglichkeiten habe, wenn es bei Baumaßnahmen in den Bezirken wegen Flächenkonkurrenz etc. zu Verzögerungen komme.

Franziska Brychey (LINKE) zeigt sich zuversichtlich, dass es mit Blick auf die Ermöglichung der Laufbahnen Hunderte Lehrkräfte für Fachpraxis im System gebe und sie weitere Meister für die OSZ gewinnen könnten.

Sei die Personalausstattung in der Personalstelle von SenBJF derzeit so prekär, dass die Anzahl der Fälle pro Person bei über mehreren Hundert, bis zu 700, liege? Manche Schulleitungen berichteten, dass es manchmal gar nicht möglich sei, Personen zu einem Schuljahr einzustellen, sondern erst zum nächsten Halbjahr, weil die Personalstelle ein Nadelöhr sei. Wenn dies so sei, was könnten sie tun, um die Attraktivität zu erhöhen? Könnten sie ein Amtshilfeersuchen stellen?

Dr. Maja Lasić (SPD) erinnert, sie hätten im Koalitionsvertrag die Veränderung im Übergang zur Sekundarstufe I im Gymnasialbereich festgehalten, was die Abschaffung des Probejahres mit sich führe. SenBJF werde im nächsten Winter Monitoringgespräche führen, die künftig nicht mehr die Rückläuferklassen berücksichtigten, die sie aktuell immer noch im System hätten. Wie gehe SenBJF damit um, dass eine Änderung des SchulG anstehe und dass es somit zur Verschiebung zwischen Systemen und zu einer neuen Verteilung zwischen Gymnasialbereich und ISS-Bereich kommen werde?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) weist darauf hin, dass schon in der Vergangenheit Schulplätze für GE-Kinder nicht ausgereicht hätten. Für autistische Kinder und Jugendliche gebe es keine Förderzentren, sondern nur zwei Schwerpunktschulen. Sie könnten die Kinder nicht in zu große Klassen einteilen, da der Betreuungsbedarf sehr hoch sei. Wie decke SenBJF das Recht auf Bildung von Kindern mit Mehrfachscherstbehinderung und derjenigen, die vor kurzer Zeit noch früh verstorben wären, ab, wie zuletzt im Fachbeirat Care Management besprochen? Ein Förderzentrum werde der Problematik nicht gerecht. Es mangle an Lehrkräften, Multiprofessionen und Schulplätzen. Wie gehe der Senat damit um?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, die Eingruppierung der LuK-Lehrkräfte liege nun bei E 11, wenn sie den Fortbildungslehrgang von 60 Wochenstunden absolviert hätten. Für die Fachpraxislehrer prüften sie es nach wie vor, aber für die PUs sei es bisher nicht vorgesehen.

Ein Amtshilfeersuchen für die Personalstelle hätte nicht viel Aussicht auf Erfolg. Es liefen momentan viele Amtshilfeersuche aus anderen Senatsverwaltungen. Sie selbst lehne sie immer ab, und es werde umgekehrt nicht anders sein. Sie müssten sich aber darüber Gedanken machen, wie sie die Attraktivität steigern würden. Der Standort Flottenstraße sei überfüllt, und Sie müssten eine Entzerrung erwirken; es seien nicht 700 Fälle pro Person, aber mehrere Hundert und mehr als in anderen Verwaltungen. Sie wolle einen weiteren Standort erhalten, um es räumlich zu entzerren.

SenBJF baue derzeit vier weitere Förderzentren, die ausschließlich für autistische, geistig behinderte und mehrfach behinderte Kinder vorgesehen seien, da es einen starken Anstieg in der Fallzahl gebe. Es gebe noch keine fertige Antwort auf die Personalzusammensetzung, zu dem auch pflegerisches und spezialisiertes therapeutisches Personal gehöre. Sie müssten auch mit SenWGP zusammenarbeiten, um Personal gezielt für die im Bau befindlichen Standorte anzuwerben. Die ersten Phasen zum Personal liefen, aber es werde mit Blick auf den Fachkräftemangel eine große Herausforderung werden.

Josefine Reichert (SenBJF) betont, sie sprächen im Rahmen der Monitoringgespräche, die sie seit 2014 jährlich mit den Bezirken durchführten, über Konflikte und Standortprobleme.

2023 hätten sie ein Maßnahmencontrolling eingeführt. SenBJF lade einerseits die Bezirke ein, um über Problemstandorte zu sprechen, bei denen das Land die Bezirke unterstützen könne. Sie gingen andererseits in ressortübergreifende Formate wie in den Bezirken eingerichtete Arbeitsgruppen der Schulbauoffensive.

SenBJF nehme an Projektkonferenzen von SenStadt zu Schulbaumaßnahmen teil, die im Zusammenhang mit Wohnungsneubau ständen. Überhaupt versuchten sie, neben neuen Formaten bestehende Formate für Klärungen zu nutzen.

Zum elften Pflichtschuljahr bzw. zur Abschaffung des Probejahrs versuchten sie mit beruflichen Schulen Lösungen zu finden. Sie müssten die berufliche Orientierung betrachten und eine Platzversorgung im Bereich der OSZ sicherstellen, sodass sie an den OSZ mit den jeweils gewünschten Schwerpunkten der Schülerinnen und Schüler arbeiten könnten. Die Auswirkungen seien mit Blick auf die Bevölkerungsprognose noch unklar.

Dr. Maja Lasić (SPD) stellt klar, dass ihre Frage auf den Wechsel von der 6. Klasse in die 7. Klasse auf dem Gymnasium abziele. Dort gebe es bisher nicht immer ein geregeltes Verfahren für das Vorhalten der Rückläuferklassen. Dieser Aspekt werde sich mit dem Wegfall der Rückläuferklassen verändern. Stattdessen werde es ein anderes System geben. Wie könne SenBJF dafür planen und Puffer schaffen, um keine Verteilungsprobleme zu bekommen?

Schwieriger zu antizipieren sei, wie sich das Verteilungsverfahren zwischen ISS und Gymnasium verändern werde. Dazu steuere SenBJF im nächsten Winter auf ein Verfahren zu, bei dem sie mit den Bezirken zum Einvernehmen kommen müssten, da es im Schuljahr danach greife.

Josefine Reichert (SenBJF) bedauert, dass sie zur Antizipierung der Rückläuferklassen keine Details mitteilen könne. Der Übergang von der 6. Klasse in die 7. Klasse sei eine Herausforderung, denn im Bereich ISS und Gymnasium gebe es Defizite, die auch in den nächsten Jahren noch bestehen würden. Grundlage aller Zahlen sei das Monitoring, aber im letzten Jahr und auch in diesem Jahr wollten sie mit allen Bezirken Gespräche führen – initiiert von Staatssekretär Dr. Kühne –, um innovative Lösungen für die Organisation der nächsten Schuljahre im Übergang von der 6. Klasse zur 7. Klasse zu finden.

Das LUSDIK-Verfahren solle eine Datenbasis für bessere Auswertungen bieten – zur Einrichtung und Vorhaltung von Klassen und, wo Schülerinnen und Schüler schließlich ankämen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fasst zusammen, dass für alle Kinder nach der geplanten Änderung des SchulG eine Förderprognose erstellt werde, sodass der Druck für die Kinder, die auf das Gymnasium gehen wollten, erhöht werde. Es kämen aber auch allgemein zusätzliche Arbeiten auf Kinder zu, und die Konkurrenzsituation an den schon bisher stark nachgefragten Gemeinschaftsschulen und ISS werde sich erhöhen, weil schon im Übergangsverfahren mehr Kinder um die Plätze konkurrierten. Unter denjenigen, die gymnasialgeeignet seien, werde wiederum nach NC und Förderprognosen priorisiert, und nur 20 Prozent landeten im Lostopf. Sei nicht ein Los für alle möglich, die sich an einer Schule bewärben, um den Druck zu verringern? Manchen erhielten die Empfehlung, gleich an die ISS zu gehen, weil die Chancen dort besser seien, angenommen zu werden, und sie sonst am Ende nicht wüssten, an welcher Schule sie landeten, wenn sie das Probejahr nicht schafften.

Derzeit gebe es zudem Kinder, die zwar gymnasialgeeignet seien, deren Eltern sie aber zur ISS schicken wollten. Die würden dann mitunter den NC nicht schaffen und an einer zusätzlich eingerichteten Klasse am Elitelymnasium landen, wo es den Druck des Probejahrs gebe. Der Mangel müsse hier fairer verteilt sein.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) bestätigt, dass sie das Problem nachvollziehe. Es gebe den Druck im System, weil es an allen Schulform einen eklatanten Schulplatzmangel gebe. Nur wenige Standorte hätten aus unterschiedlichen Gründen Plätze frei. SenBJF nehme den Druck aus dem System Schule und aus den Familien heraus, indem sie das System standardisieren und qualifizieren würden, statt Pädagoginnen und Pädagogen zusätzlich zu belasten. SenBJF werde dem Ausschuss zum Thema in Zukunft im Detail berichten.

LuK-Kräfte starteten bei E 11 und könnten im Einzelfall unter bestimmten Qualifizierungs- und Einsatzvoraussetzungen bis E 13 aufsteigen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1015

**Saubere Schulen, gute Arbeitsbedingungen:
Schulreinigung kommunalisieren**

[0180](#)
BildJugFam
ArbSoz*
Haupt(f)

Franziska Brychey (LINKE) hebt die Aussage der German Toilet Organization hervor, dass viele Kinder und Jugendliche vermieden, auf Toilette zu gehen. Viele Schulen hätten zumindest die Tagesreinigung ausgeweitet, was auch zu einer Verbesserung geführt habe. Der Ausschuss möge besprechen, wie Berlin die Reinigungsleistung verbessern könne. Ihrer Fraktion setze sich mit dem Antrag für die Kommunalisierung der Schulreinigung ein. Viele Schulleitungen berichteten von Vorteilen gut integrierter Reinigungskräfte; eine Kommunalisierung führe zu Wertschätzung Reinigungsaufwands, auch seitens Schülerinnen und Schüler.

Die Themen Tarifbindung und, ob die Schulreinigung in bezirklicher Hand oder in Hand eines Landesbetriebs sei, seien zentral für die Frage, wie viel Zeit den Reinigungskräften für die Reinigung zur Verfügung stehe.

Der Ausschuss möge speziell auch den Umsetzungsstand der drei beschlossenen Pilotprojekte, die auch im Koalitionsvertrag ständen, besprechen. Es habe dazu einen Zeitplan gegeben, wie auch Staatssekretär Dr. Kühne in der 28. Sitzung des ArbSoz-Ausschusses berichtet habe, sodass die Zielvereinbarungen mit den Bezirken eigentlich schon letztes Jahr hätten geschlossen werden sollen. Sei dies erfolgt? Wann beabsichtige die Koalition zu kommunalisieren?

Katharina Günther-Wünsch (CDU) merkt an, die Koalition beabsichtige nicht zu rekommunalisieren, aber sie wolle von der BVV beschlossene Projekte unterstützen. Es gebe aber

derzeit nur eine Beschlusslage, denn weder aus Pankow noch aus Tempelhof-Schöneberg liege ein aktueller Sachstand vor.

Sie müssten Rahmenbedingungen für Qualitätsstandards und das Controllingssystem schaffen, um Daten zu haben, die sie auswerten könnten. Nur so könnten sie beurteilen, ob es Vorteile gebe; bisher sei nicht nachgewiesen, dass eine kommunalisierte Schulreinigung tatsächlich eine verbesserte Reinigungsleistung biete. Nachgewiesen seien hingegen die Vorteile der Tagesreinigung, und dafür habe das Land den Bezirken Mittel zur Verfügung gestellt.

Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 habe es einen Berichtsauftrag zu Kosten einer rekommunalisierten Schulreinigung gegeben. Es habe sich um einen hohen dreistelligen Millionenbetrag gehandelt. Da derzeit schon unklar sei, wie die PMAs aufzulösen seien, wäre die Finanzierung einer rekommunalisierten Schulreinigung erst recht unklar. Dem Koalitionsvertrag trügen sie Rechnung, doch dafür müssten Bezirken den aktuellen Sachstand, das eigene Bestreben und die Motivation liefern.

Bei der Vorstellung der German Toilet Organization seien konkrete Verbesserungsbeispiele genannt worden, so auch das Einbinden von Schülerinnen und Schülern in das System der Schulreinigung; Vandalismus und Verschmutzung träten seltener zum Vorschein, wenn sie sich mit dem Bildungsort Schule identifizierten. SenBJF werte eine Umfrage unter Lehrern, Schülern und Eltern zur Schulreinigung und -sauberkeit von Ende 2023 aus. Die Ergebnisse würden sie veröffentlichen und für Maßnahmen auswerten. Ob sich die Hinweise der German Toilet Organization umsetzen ließen, werde sich zeigen.

Lars Bocian (CDU) begrüßt die Idee der Kommunalisierung der Schulreinigung, aber 120 Mio. Euro seien momentan nicht leistbar. Zusätzlich zum Geld müsste Berlin auch über 1 000 Reinigungskräfte anstellen, doch auch hier gebe es einen Mangel an handwerklich ausgebildeten Menschen. Sie würden den Antrag ablehnen und schauen, wie das System in der Zukunft gut umsetzbar sei.

Louis Krüger (GRÜNE) bezieht sich auf die mangelnde Rückmeldung der Bezirke. Die BVV Pankow habe einen positiven Beschluss gefasst, aber der CDU-Stadtrat sage, dass er nicht rekommunalisieren wolle. Wie gehe die Senatsverwaltung mit einer ablehnenden Haltung des Stadtrats entgegen eines BVV-Beschlusses um?

Dr. Maja Lasić (SPD) bedauert, ihre Fraktion müsse den Antrag aufgrund der schwierigen Haushaltsslage ablehnen, auch wenn sie eigentlich viele darin enthaltene Elemente begrüße. Sie stelle zudem den dreistelligen Millionenbetrag von vor einigen Jahren aufgrund des Zustandekommens infrage, und sie wünsche sich eine realistische Kostenberechnung. Es gebe drei mögliche Wege: ein besseres standardisiertes Verfahren bei Ausschreibungen, eine Rekommunalisierung in bezirklicher Zuständigkeit und eine Landesgesellschaft. – Der richtige Weg sei, aus einer quantitativen Betrachtung konkrete Schritte abzuleiten.

Sven Meyer (SPD) erinnert, der ArbSoz-Ausschuss habe das Thema bereits diskutiert. Tatsächlich seien die Kosten nicht bekannt. Für seine Fraktion seien Arbeitsbedingungen zentral, aber sie könnten den Antrag trotzdem nicht mittragen. Sie müssten abwarten, was die Arbeitsgruppe sage, und Rahmenbedingungen und Kosten betrachten. Es sei nicht realistisch,

1 000 Leute einzustellen, aber sie könnten einzelne Bezirke unterstützen, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorlägen und die Kosten festständen. Den Antrag müssten sie ablehnen.

Franziska Brychcy (LINKE) erkundigt sich, ob Neukölln einen Sachstand zugeliefert habe.

Staatssekretär Dr. Kühne habe gesagt, dass die Zielvereinbarungen fast abgeschlossen seien; seien sie nun abgeschlossen? Zur Kostenberechnung habe Staatssekretär Dr. Kühne gesagt, dass die unterschiedlichen Berechnungen noch nicht valide seien.

Im Übrigen seien Hausmeisterinnen und Hausmeister in kommunaler Hand. In Steglitz-Zehlendorf habe die CDU außerdem den Antrag auf Kommunalisierung unterstützt. Berlin müsse auch mit Kommunen wie Bochum in Kontakt treten, die Reinigung kommunalisiert hätten, um Best Practices voneinander zu lernen.

Der Senat habe das Geld für die Tagesreinigung zur Verfügung gestellt. Durch den hohen Kostendruck in den Bezirken, entschieden sich aber Bezirke wie Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln, die Tagesreinigung zu streichen oder empfindlich zu reduzieren, sodass es einen Rückschritt für die Sauberkeit an den Schulen gebe. Es sei problematisch, dass die Mittel nicht wie zuvor zweckgebunden seien.

Der Senat trage die Verantwortung, die Pilotprojekte zu unterstützen, zumal er sich die Vorhaben selber gesetzt habe.

Als Berichtsdatum schlage sie den 30. August 2024 vor.

Lars Bocian (CDU) betont, es gebe nicht genügend Reinigungskräfte, und eine Ausbildung würde dauern.

Wenn der CDU-Stadtrat in Pankow sage, dass es nicht gehe, werde er seine Gründe dafür haben. Es sei nicht möglich, eine Kommunalisierung nur mit einer Willenserklärung eines BVV-Beschlusses herbeizuführen, sondern es müsse mit Personal und Geld hinterlegt sein.

Im Ruhrgebiet sei die Kommunalisierung voreilig gewesen, und in Düsseldorf habe sie nicht funktioniert. Schon bei erhöhtem Krankenstand, würden Schulen im Gegensatz zum aktuellen System nicht gereinigt. Das sei nicht unlösbar, aber es müsse gut durchdacht sein.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erinnert, „Schule in Not“ habe seit vielen Jahren Bürgerbegehren und weitere Arbeit gemacht. Bereits vor fünf Jahren habe die Diskussion zur Finanzierung stattgefunden, und seit Jahren gebe es Ergebnisse, die umsetzbar seien.

Die SPD habe beim Thema Schulreinigung bisher immer eine Vorreiterrolle gespielt. Frau Giffey habe am 20. November 2020 erklärt, die Schulsauberkeit solle zur Cheffinnensache werden. Sie habe im Wahlkampf massiv damit geworben, Reinigungskräfte zurück in den öffentlichen Dienst zu holen, aber nun lege die SPD ihre Wahlkampfversprechen ad acta. Es sei eine Ausrede, dass es aus finanziellen Gründen nicht gehe; es gehe nur nicht in der Koalition mit der CDU.

Sandra Khalatbari (CDU) fasst zusammen, die Rekommunalisierung sei schon viele Jahre im Verzug. Die Pilotprojekte seien wichtig gewesen, aber die Rücknahme in einzelnen Bezirken sei nicht so sinnvoll gewesen wie erhofft.

Die Tagesreinigung sei ein guter Baustein, bis Details vorlägen, die einer informierten Abstimmung zugrunde liegen müssten. Auch die emotionale Einbindung der Reinigungskräfte könne – richtig umgesetzt – gut mit einer Anstellung bei einem externen Anbieter funktionieren.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Hauptausschuss die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1015 mit geändertem Berichtsdatum 30. August 2024 zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Sachstand zum neu zu gründenden Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0163](#)

BildJugFam

Louis Krüger (GRÜNE) begründet, der Ausschuss möge sich dem aktuellen Stand der Entwicklung des Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung widmen, da es sich um eine große Veränderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung handele. Zum 1. Januar 2025 solle das Landesinstitut an den Start gehen, sodass sich die Beschäftigten im LISUM, Leadership.lab etc. fragten, wie es weitergehe, und die Universitäten hätten im Ausschuss WissForsch gefragt, wie sie eingebunden seien.

Dr. Kayser sei im Dezember 2022 zum Prozessbegleiter ernannt worden, und es sei unverständlich, warum er erst spät im Jahr 2024 zum Einsatz kommen solle. Auch viele Fragen zum Standort und zur Ausgestaltung möge der Senat erläutern.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) unterstreicht, die Entscheidung, das LISUM zu kündigen, sei unter einem anderen Senat gefallen. Brandenburg habe das ISQ folgen lassen. Nun bräuchten sie sowohl im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung als auch im Bereich der Schul- und Qualitätsentwicklung der zentralen Prüfungen eine Anschlusslösung. Sie begrüße, dass es ein Berliner Landesinstitut geben solle. Auch im Bericht der Köller-Kommission stehe, dass Berlin es zentralisieren sollte.

In den letzten Monaten habe Berlin einen Standort gesucht und intensive Verhandlungen über die Fläche geführt. Trotz der Kündigung sei dieser Punkt noch nicht geklärt gewesen. Dabei müssten sie auch entscheiden, ob sie nur über das LISUM redeten oder auch über das Medienforum. Es gebe auch die Überlegung, Digitalisierung im Berliner Landesinstitut in den Fokus zu nehmen. Dazu wären aber auch 5 000 Quadratmeter mehr Fläche nötig. Entscheidungen zu Grundstück, Mietvertrag bzw. Kauf und Kosten könnten sie nicht innerhalb von wenigen Wochen treffen, da sie intensive Verhandlungen führen müssten.

Gleichzeitig fänden Überlegungen statt, was das Leitbild des Berliner Landesinstitutes sei, welche Aufgaben es übernehmen solle und wie sie es inhaltlich ausgestalten wollten. Dies sei besser zu präzisieren wenn feststehe, ob es ein zentraler Standort sein solle. Zudem sei für die Konzeptionierung die Infrastruktur vor Ort nötig. Inhaltliche Arbeit finde statt, aber sie könnten noch nicht final und detailliert berichten, zumal noch ein Jahr Zeit sei.

Es gehe es darum, eine vernetzte Aus-, Fort- und Weiterbildung mit den nötigen Komponenten für Unterricht auf der Höhe der Zeit zu schaffen und datengestützte Unterrichts- und Schulentwicklung im Sinne einer Qualitätsstrategie betreiben zu können. Im Landesinstitut wollten sie zukünftig Lehrkräfte, sonstiges pädagogisches Personal, Schulleitung, Funktionsstelleninhaber und Personal der Schulaufsichtsbehörde qualifizieren. Themen seien auch die Erstellung und Verteilung von Prüfungsaufgaben für die zentralen Prüfungen, die Weiterentwicklung der Rahmenlehrpläne, die evidenzbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung, Bildung in der digitalen Welt und Aufgaben im Bereich der Beratung und Unterstützung des schulischen Personals.

SenBJF wolle das Landesinstitut auch als Veranstaltungslocation für Think-Tanks nutzen, um es als Innovationsstandort zu etablieren. Es handele sich um komplexe Überlegungen, die mit Umstrukturierungen verbunden seien, die SenBJF parallel immer tiefer und präziser ausarbeiten werde. Viele Menschen aus nahezu alle Abteilungen, teilweise auch andere Senatsverwaltungen, arbeiteten daran.

Sie müssten auch Ressourcen in Haushaltsdebatten sowie eine Personalstruktur und eine Rechtsstruktur besprechen. Im Laufe des ersten Halbjahrs 2024 würden sie auskunftsfähiger sei, und dann könne auch Dr. Kayser zu den konzeptionellen Dingen Stellung beziehen.

Franziska Brychey (LINKE) betont, Aus-, Fort und Weiterbildung seien zentrale Stell-schrauben. Bei allen Themen sei Teamfortbildung mitzudenken, und für die Digitalisierung sei ein zentraler Ankerpunkt nötig; das Landesinstitut – Arbeitstitel BerLi – könne ein solcher Ort werden. Wann liege ein Konzept vor? Ihrer Fraktion sei wichtig, dass die erste Phase und das Referendariat Teil der Überlegungen seien, dass die erste, zweite und dritte Phase gut verzahnt seien und dass SenBJF das Konzept zusammen mit SenWGP aufstelle.

Sei auch geplant, das StEPS und die Studienseminare, die reguläre Referendariatsausbildung, zu integrieren? In den Haushaltsberatungen habe der Senat in einer Antwort mitgeteilt, dass auch ein digitaler Zwilling des Gebäudes geplant sei. Wie sei das ausgestaltet? Solle es ein neues Onlineportal geben, oder solle es mit dem Schulportal verbunden sein? Wann könne SenBJF mehr zum Gebäude und dessen Anmietung mitteilen?

Welches Personal habe SenBJF eingestellt, und welches Personal werde SenBJF für die Konzeptentwicklung und den weiteren Verlauf noch einstellen?

Dr. Maja Lasić (SPD) merkt an, es seien zum jetzigen Zeitpunkt keine fertigen Konzepte von SenBJF erwartbar. Die Debatte sei aber sinnvoll, um Impulse an den Senat heranzutragen.

Welche Überlegungen habe SenBJF vor der Suche nach Räumen angestellt? Welche Mietverhältnisse würden sich ändern?

Das Landesinstitut kann auch Teilaspekte umfassen, die sich nicht an einem zentralen Standort befänden. Somit müsse die räumliche Anmietung nicht abgeschlossen sein, wenn der Senat über das Konzept selbst nachdenke. Wann liege das Konzept vor, auch mit Blick auf Rückmeldungen der Köller-Kommission? Wie stehe es um die Verzahnung von schulpraktischen Seminaren mit dem Landesinstitut? Wie stehe es um die Verzahnung der von der Köller-Kommission schlecht bewerteten dezentralen regionalen Fortbildungsangebote? Wie stehe es um die Verzahnung der Fortbildungsangebote mit den eigentlich im Mittelpunkt stehenden Schulentwicklungsprozessen, der datenbasierten Schulentwicklung etc.? Wie könne sich Berlin in die richtige Richtung bewegen mit Blick darauf, dass sich Fortbildungen bisher primär an dem Individuum orientiert hätten und weniger an der Strukturierung von Schulentwicklungsprozessen?

Louis Krüger (GRÜNE) verweist darauf, dass die angekündigten Änderung des SchulG bereits entsprechende Elemente enthalte. Der Wunsch seiner Fraktion nach Dr. Kaysers Anwesenheit liege darin begründet, dass er prominent in dem Kontext genannt werde und seine Rolle noch nicht klar verständlich sei.

Er sei gespannt, an welchem Standort Berlin das Landesinstitut aufbaue.

Die Köller-Kommission nenne eine Fortbildungsverpflichtung. Sei die Teil der Diskussion?

Wolle SenBJF Teile des Referats „Schule in der digitalen Welt“ in das Landesinstitut auslagern, oder gehe es dabei eher um technische Aspekte, sodass pädagogische Themen im Landesinstitut liegen sollten?

Frau Herpell habe im Ausschuss WissForsch gesagt, dass sie sich auf die Transformation von Bestehendem in ein Landesinstitut konzentrierten. Sei dies der Schwerpunkt, oder gehe es auch um Weiterentwicklung?

Marcel Hopp (SPD) bezeichne die Debatte als konstruktiv. Das Landesinstitut müsse gut funktionieren, denn darin liege eine Chance und die Hoffnungen zur Verbesserung im Vergleich zum bisherigen System. Er wünsche sich einen anderen Namen als „BerLi“.

Verzahnung sei ein wichtiger Aspekt, der in zwei Richtungen gehe. Einerseits könne Berlin bestehende Angebote an einem Ort verzahnen. Dabei dürften sie den Ort nicht überfrachten.

Ziehe SenBJF die Expertise der Zuwendungsempfänger mit ein? Spätestens seit dem 7. Oktober 2023 habe die Koalition mit Blick auf Demokratiebildung, Antidiskriminierung, Antisemitismusprävention aus guten Gründen zugesagt, es politisch und finanziell unterstützen zu wollen. Dabei sei es wichtig, die umfassende Expertise in der Stadt im Landesinstitut zu bündeln, statt Parallelstrukturen aufzubauen. Auch Digitalisierung, Inklusion, moderner, progressiver Unterricht und die Serviceagentur Ganztage müsse der Senat mitdenken, wenn auch nicht räumlich.

Tonka Wojahn (GRÜNE) frage, was mit den Beschäftigten des LISUM passiere. Seien die im Doppelhaushalt finanziell berücksichtigt? Wie werde der Senat das LISUM auseinanderflechten?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) merkt an, Inklusion und multiprofessionelle Teams seien wichtig, wenn sie nicht nur Bestehendes transformieren wollten. Im Ausschuss WissForsch habe sie vernommen, dass ein Schwerpunkt sei, Bestehendes an einen anderen Ort zu bringen; dies sei verwunderlich, da mit dem Landesinstitut die Möglichkeit bestehe, Dinge weiterzuentwickeln.

Die Herausforderungen im Inklusionsbereich steige mit Multiprofessionalität. Wie bereite sich SenBJF auf die multiprofessionellen Teams vor? Wie bänden sie die einzelnen Beschäftigten und Schulen ein?

Wie integriere SenBJF Teile der Ergebnisse der Köller-Kommission? Wie stehe es um die Quereinsteigenden? Wie bänden sie die Hochschulen an? Was werde aus dem ISQ?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) betont, das Thema sei äußerst komplex. Im Übrigen sei „BerLi“ ein Arbeitstitel, kein endgültiger Name.

Es werde sich um einen einzelnen Standort handeln. Ziel des digitalen Zwilling für den Standort sei die Nutzbarkeit eines Großteils des Angebots von anderen Orten aus. Zudem wollten sie Fortbildungen zur Digitalität in Schulen und zu Medienkompetenz anbieten. SenBJF sei in den letzten Verhandlungen zum Standort und könne dazu in einer der nächsten Ausschusssitzungen offiziell mehr verkünden.

Ausnahmslos alle Abteilungen seien eingebunden, und sie hätten im Haus über alle von den Abgeordneten gestellten Fragen schon gesprochen. Die Verwaltung, ihre Mitarbeiter und Frau Herpell leisteten Außerordentliches.

Es gebe ein grobes Konzept; verschiedene Arbeitsgruppen und Strukturen beschäftigten sich mit den Themen.

Anja Herpell (SenBJF) betont, bei ihren Ausführungen handele es sich um Diskussionen und Ideen, die sie austauschten. Sie befänden sich in einem kreativen und innovativen Richtungsfindungsprozess. Dennoch sei noch nicht alles entschieden.

Mit ihren Äußerungen im Ausschuss WissForsch habe sie betonen wollen, dass sie zwingend fortzuführende Aufgaben fortführen müssten. Auch hier könnten sie aber innovieren, und es werde auch nach dem 1. Januar 2025 weitergehen, aber sie wollten auch gute Übergänge schaffen. Die Rückfalloption sei immer das bestehende System, von dem das LISUM nur einen sehr kleinen Teil ausmache. Für die LISUM-Angelegenheiten hätten sie auch bereits gute Übergänge gefunden.

Der Entflechtungsprozess mit dem LISUM sei aufgegleist. Sie wollten aber auch die Führungskräfte in dem neuen Landesinstitut qualifizieren.

Multiprofessionelle Teams, Inklusion und Ganztage spielten eine zentrale Rolle in allen Überlegungen. Die Frage nach der Fortbildungsverpflichtung gebe es schon, und sie nähmen sie ernst. Ein Vorschlag sei, vorrangig Teams statt Einzellehrkräfte zu qualifizieren, wobei eine individuelle Qualifizierung aber notwendig und möglich bleiben solle.

Dr. Kayser komme als Prozessbegleiter mehrfach wöchentlich ins Haus, und sie berate sich mit ihm. Das Konzept, das er beraten solle, sei im ständigen Fortschritt. Möglichst zeitnah wollten sie auf die Fachebenen zugehen, um es breiter zu diskutieren.

Sie wollten StEPS, wie es derzeit bestehe, nicht komplett in das Landesinstitut integrieren. Voraussichtlich würden sie Teile herauslösen, weil sich die Weiterbildung sehr gut mit der Fortbildung und der Ausbildung zusammendenken lasse. Wenn berufsbegleitende Studien notwendig seien, sei dies aber eine andere Sichtweise und Phase, sodass sie StEPS vorerst aufrechterhalten wollten.

Noch im ersten Quartal werde es voraussichtlich gute Nachrichten zum Gebäude geben.

Sie wollten kein Bürogebäude akquirieren, sondern ein innovatives Lehrkräftebildungszentrum eröffnen, das viele freie Flächen biete und Kooperation und flexibles Arbeiten ermögliche. Das Konzept passe gut zu dem Gebäude, das sie derzeit in Erwägung zögen. Auch eine umfängliche IT-Ausstattung in allen Bereichen gehöre dazu, sowohl mit Blick auf die Verwaltung und das Berliner Landesnetz als auch auf die IT-Struktur für den Schulungsbereich.

Sie habe bisher eine Person zusätzlich erhalten, die den Prozess unterstütze. Zudem unterstütze eine Agentur ihr Referat. Ihre Kolleginnen und Kollegen vernetzten sich mit den anderen Referaten und außenstehenden Playern.

Gewachsene Expertinnen- und Expertenkooperationen wollten sie schützen und fortführen, vor allem im Bereich Demokratiebildung. Dies werde sie zu Beginn der geplanten Modularisierung beschäftigen. Sie setzten auf die Expertise von Hochschulen und Zivilgesellschaft.

Bzgl. Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Verhältnis zum ISQ gebe es Überlegungen, um zukünftig evidenzbasiert besser zu arbeiten, damit es strukturelle Anlagen gebe, wie sie Erkenntnisse aus der Forschung und dem ISQ so bearbeiten könnten, dass Schulleitungen damit etwas anfangen könnten. Das Landesinstitut solle Umsetzungen von Konzepten so vorbereiten, dass aus rohen Daten konkrete Vorhaben würden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1234

**Für mehr Lernerfolg, Empathie und Gesundheit:
Gesetz zur Smartphone-Regelung an Schulen**

[0216](#)
BildJugFam

Thorsten Weiß (AfD) merkt an, die Stellungnahme des Senats zum vorliegenden Antrag besage, dass es ausreiche, dass viele Schulen die Nutzung von Smartphones über Richtlinien der Hausverordnung regelten. Seine Fraktion halte diese Regelung nicht für verlässlich.

Schon zu den Kinderschutzkonzepten habe der vorherige Senat gesagt, dass die Gesetzeslage ausreichend sei und die Schulen es in Eigenverantwortung regelten. Der Senat habe dann

dennoch eine Vorlage zur Novelle des SchulG mit einem entsprechenden Passus aufgenommen.

Seine Fraktion wolle eine einheitliche Regelung für die Smartphonennutzung und, dass der Senat diese kontrolliere. Der vorliegende Antrag beinhalte, dass Schulen genug Raum für schulspezifische Lösungen erhielten. Abgeordnete Khalatbari habe sich zum Thema prominent geäußert. Halte der Senat die aktuellen Regelungen für ausreichend, oder wolle er das Thema in dieser Legislaturperiode nochmals behandeln?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erwidert, der Koalitionsvertrag betone die eigenverantwortliche Schule stark. Sie bitte darum, Schulleitungen eigenverantwortliche Lösungen zuzutrauen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1234 zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.